



## **Antrag**

der Fraktion des SSW

### **Die Ziele der Minority SafePack Initiative weiterverfolgen – Schleswig-Holstein steht fest an der Seite der Minderheiten in Europa**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 5. Juni 2025 sein endgültiges Urteil zur Minority SafePack Initiative (MSPI) gefällt. Der EuGH wies die Berufung ab und bestätigte die Entscheidung der Europäischen Kommission, keine Rechtsakte als Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative vorzuschlagen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt die Entscheidung des EuGH mit großer Enttäuschung zur Kenntnis.

Auch wenn die Entscheidung des EuGH zu respektieren ist, bedauert der Schleswig-Holsteinische Landtag zutiefst, dass sie politisch keine stärkere Signalwirkung für Minderheitenrechte entfaltet. Eine Union, die Vielfalt als Wert begreift, braucht mehr Mut – und nicht nur rechtsstaatlich abgesicherte, sondern auch politisch wegweisende Entscheidungen.

Dies ist nicht nur für die über eine Million EU-Bürgerinnen und -Bürger, die den Aufruf der MSPI zum Schutz und zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Rechte der autochthonen nationalen Minderheiten Europas unterstützt haben, ein Rückschlag. Die Entscheidung bestätigt bedauerlicherweise, dass die Stimmen von über einer Million europäischer Bürgerinnen und Bürgern, die ihr demokratisches Recht im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative rechtmäßig ausgeübt haben, folgenlos bleiben. Sie stellt das tatsächliche Engagement der europäischen Institutionen für demokratische Teilhabe, Vielfalt und den Schutz des kulturellen Reichtums Europas in Frage. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedankt sich bei allen, die sich für die MSPI eingesetzt und ihre Unterstützung bekundet haben.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag steht weiter fest hinter den Zielen der MSPI und erwartet von der Europäischen Kommission, dass sie ihrer Verantwortung für

demokratische Teilhabe, Vielfalt und den Schutz des kulturellen und sprachlichen Reichtums in Europa gerecht wird und die Kernanliegen der Minority SafePack-Initiative aufgreift – unabhängig von der juristischen Verpflichtung dazu.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung in diesem Zusammenhang dazu auf:

- die Bewegung für Minderheitenrechte in Europa weiter und verstärkt zu unterstützen, insbesondere auch im Hinblick auf den von der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und ihrer Partner für Herbst 2025 angekündigten gemeinsamen Aktionsplan „Minority Manifesto for the Futures“,
- sich weiterhin bei der Europäischen Kommission für die Einrichtung eines Kommissars, der auch für Minderheitenpolitik zuständig ist, einzusetzen,
- sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, weiterhin Initiativen zu unterstützen, die den Schutz von Minderheitenrechten und die Förderung nationaler Minderheiten in Europa zum Ziel haben und
- sich weiterhin für die Schaffung eines europäischen Zentrums für Sprachenvielfalt, für das Schleswig-Holstein sich bereits im Jahr 2023 als Standort ins Spiel gebracht hat, einzusetzen,
- sich weiter für die Aufnahme des Schutzes der nationalen Minderheiten in das Grundgesetz aktiv einzusetzen.

Christian Dirschauer

Jette Waldinger-Thiering

und Fraktion